

Erstellt Klaus Kuhl, Aug. 2018
(Stand: 24.8.2018, 30.8.2018)

Auszug aus:
Gerhard Engel, Bärbel Holtz, Ingo Materna
(Hrsg.): Gross-Berliner Arbeiter- und
Soldatenräte in der Revolution 1918/19,
Band 1. Walter de Gruyter GmbH & Co
KG, Berlin 1993, 1997, 2003.

ISBN 3-05-002247-7

Teilweise zugänglich auf Google books:

https://books.google.de/books?id=t1nyCQAAQBAJ&pg=PA1&dq=Gross-Berliner+Arbeiter-+und+Soldatenr%C3%A4te+in+der+Revolution+1918/19&hl=de&source=gbs_toc_r&cad=3#v=onepage&q=Gross-Berliner%20Arbeiter-%20und%20Soldatenr%C3%A4te%20in%20der%20Revolution%201918%2F19&f=false

Vorbemerkung

Die im Folgenden ab S. 3 dargestellten Seiten enthalten einen Auszug aus dem Protokoll des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin vom 26. November 1918. An diesem Nachmittag erstatteten zwei Kieler Delegierte Bericht von den Ereignissen in Kiel.

Berichterstatter Edler oder Ehle?

Der eigentliche Berichterstatter war laut Protokoll „Genosse Edler“ (S. 374).

Die Herausgeber vermuten jedoch in der Fußnote 27, dass es sich wahrscheinlich um Ehle, Obermatrose der I. Torpedo-Division, Soldatenrat in Kiel, handeln würde.

Die Perspektive des Berichterstatters ist jedoch eindeutig die eines Arbeiterratsmitglieds und nicht die eines Soldatenratsmitglieds. Außerdem wird deutlich, dass er Mitglied der MSPD war.

Es dürfte sich deshalb um Karl Edler, den späteren Stadtverordneten der SPD handeln, der im März 1920 den zentralen Findling auf dem Kieler Eichhof-Friedhof mit der Aufschrift „Ruhestätte der Opfer der Revolution“ auf eigene Kosten beschaffen ließ.¹ Dies wurde bestätigt durch eine Abrechnung in

¹ Siehe: Johannes Rosenplänter: Zur Entstehung der „Ruhestätte der Opfer der Revolution“ auf dem Kieler Eichhoffriedhof 1918-1924. Ein Werk des Landschaftsarchitekten Leberecht Migge. In: Rolf Fischer (Hrsg.): Revolution und Revolutionsforschung – Beiträge aus dem Kieler Initiativkreis 1918/19. Reihe: Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte (Band 67). Kiel 2011, S. 101–110, hier S. 104 ff., 110.

der im Stadtarchiv Kiel verwahrten Akte: „Bei-Akten des Magistrats zu Kiel betreffend Abrechnung des Arbeiterrats, Band I 1918-1919“ (StAK Sign. 29685). Danach sind Springer und Edler am 24. November 1918 als „Delegation nach Berlin“ gefahren. Springer war USPD-Mitglied und hatte auf einer großen Veranstaltung in Kiel am 28. November Noske scharf angegriffen und war am Weiterreden gehindert worden.² In der erwähnten Akte finden sich leider keine Vornamen. Einmal finden wir jedoch den Namen „P. Springer“ und bei Edler finden wir einmal ein Kürzel, das man als B in deutscher Schrift oder als C in lateinischer Schrift ansehen könnte (Bl 47), zum anderen ein schwer zu interpretierendes Kürzel, das man vielleicht als K/C ansehen könnte (Bl. 2) Im Adressverzeichnis der Stadt Kiel gibt es „Carl F. E., Dreher, Posadowskystr. 48“ (Adressbuch 1914) sowie „Carl, Mechaniker, Posadowskystr. 48 E. [E bedeutet Hauseigentümer] und K. Mechanik., Posadowskystr. 48 E. (Adressbuch 1934). Wir können deshalb wohl davon ausgehen, dass es sich bei dem Berichterstatte um Carl oder Karl Edler handelte.

Arbeiter- und Soldatenrat

Der verwendete Ausdruck „Arbeiter- und Soldatenrat“ (S. 374, Zeile 10 und 11) oder „Oberster Arbeiter- und Soldatenrat der Republik Schleswig-Holstein“ (S. 374, Zeile 16 und 17) suggeriert eine gemeinsame Institution, die es jedoch nicht gegeben hat. Der Sprachgebrauch Edlers, den wir auch anderweitig finden, zeigt aber, dass die beiden Räteorganisationen durchaus als Einheit gesehen wurden und eine enge Verbindung bestand; siehe auch die Anmerkung 30 der Herausgeber.

Offensichtliche Fehler, Unklarheiten

Die auf S. 375, Zeile 19–25 berichteten Ereignisse haben sich am Montag zugetragen und nicht am Dienstag.

Auch einige andere Angaben sind ungenau, z. B. dass die Demonstranten am 3. November unbewaffnet gewesen wären (S. 376).

Edler erklärte, dass auch die Justiz Beigeordnete erhalten habe (S. 377, Zeile 1). Dies widerspricht der Aussage Peter Hillbrechts vom November 1919, dass man genau dies versäumt habe. Dadurch hätte "unendlich viel an reaktionären Bestrebungen hintangehalten" werden können. So urteilte der Vorsitzende des Volksrats, wie sich die provisorische Regierung später nannte (SHVZ vom 5.11.1919).

Lothar Popp emigrierte erst 1941 von Marseille aus in die USA (Anmerkung 38). Er war über Danzig, die Tschechei und Paris nach Marseille geflohen.

Besonders interessante Stellen

Nahrungsmittel

Aussage Edlers zu den Aktivitäten der Räte in der Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung (S. 377):

„Der wichtigste Punkt war bei uns das Ernährungswesen. Wir haben aber auch diese Frage zur vollsten Zufriedenheit der ganzen Bevölkerung bei uns gelöst. Auch die Zivilpersonen stellten sich hierbei hindernd in den Weg. Durch unsere Macht haben wir sie aber gezwungen, uns nachzugeben. Wir waren durch die entgegengesetzte Tätigkeit von Zivilpersonen in die Enge getrieben, daß wir tagelang keine Lebensmittel bekamen und vor allen Dingen die Milch für die Kinder fehlte. Die Lebensmittel lagen in Plön und Eckernförde, und Kiel bekam nichts. Schließlich hatten wir unseren Fuhrpark so in Bewegung gebracht, daß wir uns Milch und anderes durch Autos herbeiholten, und so bekommen wir jetzt ausreichend Lebensmittel heran.“

Arbeitsvermittlung

Aussage Edlers zu Arbeitsnachweisen (S. 379):

² Siehe: Anonym: Diktatur oder Nationalversammlung. In: SHVZ, 29. November 1918.

„Weiter haben wir auch dafür gesorgt, daß unsere Arbeitsnachweise jetzt paritätisch besetzt sind, und damit die Genossen sich nicht immer auf den Straßen herumtreiben müssen, haben wir zu diesem Zwecke das Schloß genommen. Bei der Übergangszeit wird es eine sehr große Arbeitslosigkeit geben.“

Aufruf der Kieler Räte

Die „Resolution der Kieler Genossen“ (S. 379):

Es handelt sich um dieses Flugblatt: http://www.kurkuhl.de/images/img_hist/flugblatt_nov1918_a-und-s-rat.jpg (auch zugänglich über die Zeitleiste zum Matrosenaufstand). Dieses Dokument wurde auch in der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung vom 22. November 1918 auf S. 2 abgedruckt und wird von den Herausgebern in der Fußnote 42 zusammengefasst dargestellt. Die wichtigsten Aussagen waren:

Unser Ziel ist die sozialistische Republik. Wir wollen nicht nur die politische sondern auch die wirtschaftliche Demokratie.

Diese Forderung dürfte den Räten besonders wichtig gewesen sein, weil führende Industrielle im damaligen Deutschland die proto- und prä-faschistische Deutsche Vaterlandspartei unterstützten.

Edler berichtet, dass die Resolution „in der Kommission angenommen“ wurde. Es bleibt leider unklar, um was für eine Kommission es sich dabei handelte. Eventuell ist die von ihm beschriebene sechsköpfige Kommission auf S. 376 gemeint, die die Beiräte in ihrer Arbeit unterstützte.

Nach dem Bericht Edlers können wir davon ausgehen, dass das Dokument zunächst vom Arbeiterrat verabschiedet wurde und die Zustimmung des Soldatenrats vorausgesetzt wurde, ohne dass dieser jedoch gefragt wurde. Daraufhin gab es offenbar einen öffentlichen Protest des Soldatenrats, der vom Vorsitzenden des Obersten Soldatenrats, Lothar Popp unterschrieben wurde. Inhaltlich scheint es jedoch keine Differenzen gegeben zu haben. Die im Dokument erwähnten Berichte in der bürgerlichen Presse konnten bisher nicht aufgefunden werden (KNN, BT).

Einschätzungen

Nach dem Leiter des Stadtarchivs Kiel, Dr. Johannes Rosenplänter zeigt der Bericht einerseits die Vernetzung nach Berlin, andererseits aber auch, wie wenig Kenntnisse man auch Ende November in Berlin von den Ereignissen in Kiel hatte.

Er weist auch daraufhin, dass der Bericht von einem Protokollanten aufgenommen sein muss, dessen Widergabe nicht unbedingt in allen Fällen korrekt sein muss.

Auszüge

S. 374 – 380

Däumig will auf Grund einer Anregung folgendes unterbreiten: Wir haben gestern gewiß alle mit großem Interesse die Fühlungnahme mit Bayern begrüßt. Däumig hält es aus diesem Grunde für ratsam, daß wir für einige Tage ebenfalls einen oder zwei Genossen des Vollzugsrates nach München delegieren.

Es werden die Genossen Bergmann und Heller vorgeschlagen und bestätigt. ²⁶

Der Vorsitzende eröffnet die bis 4 Uhr vertagte Sitzung und weist darauf hin, daß nunmehr die Angelegenheit Walz zu erledigen wäre. Da zufällig 2 Kieler Delegierte anwesend sind, glaubt er, daß wohl alle damit einverstanden sind, wenn wir uns zuerst den Bericht der Kieler Genossen anhören.

Hierzu erhält der Genosse Edler ²⁷ *aus Kiel das Wort:* Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates Kiel habe ich Ihnen die besten Grüße meiner Genossen zu übermitteln. Am letzten Sonntag vormittag²⁸ hatten wir eine Sitzung in Kiel, wo uns einige wichtige Mitteilungen gemacht werden sollten. Wir erfuhren dort, daß der Gen. Adler²⁹ nach Berlin fahren mußte, und wir wurden ebenfalls dazu delegiert.

Wir hielten diese Delegation aber für so wichtig, daß wir den Obersten Arbeiter- und Soldatenrat der Republik Schleswig-Holstein zu einer Sitzung zusammenberiefen.³⁰ Der Gen. Adler mußte leider schon abreisen, und die de-

26 Hermann Bergmann und Gustav Heller erstatteten in der Sitzung vom 2. Dezember 1918 (Dok. 108) ihre Berichte über Bayern.

27 Wahrscheinlich Ehle, Obermatrose bei der I. Torpedo-Div., SR in Kiel.

28 24. November 1918.

29 Eduard Adler; SPD; schon vor 1914 einer der führenden Parteifunktionäre im Bezirksverband Schleswig-Holstein und in Kiel; Stadtverordneter in Kiel, stellv. Stadtverordnetenvorsteher; AR; 5.-9. November 1918 Beigeordneter des Oberbürgermeisters von Kiel, seit dem 9. November 1918 Beigeordneter des Regierungspräs. Schleswig-Holstein.

30 Einen "Obersten Arbeiter- und Soldatenrat der Republik Schleswig-Holstein" hat es nicht gegeben. Für die Provinz Schleswig-Holstein nahm der Kieler AR zwar eine zentrale Rolle ein, konnte seine Absicht, die Provinz zur Republik auszurufen, aber nicht realisieren. Vgl. Dirk Dähnhardt, S. 110 und 122-123; Rainer Paetan, Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987, S. 298-299.

legierten Soldaten aus Schleswig-Holstein müssen an einer Sitzung des 53er Ausschusses³¹ in Berlin teilnehmen.

Ich will Ihnen kurz den Beginn der Revolution bei uns schildern.³²

Am Sonntag, dem 3. November, hatten wir die ersten Todesfälle zu verzeichnen. Die Soldaten haben auf ihre eigenen Kameraden geschossen, und das kam so: Für Sonntagmittag 12 Uhr hatten wir eine öffentliche Versammlung einberufen von der Partei aus. Diese Versammlung hat stattgefunden, und in ihr wurde Mitteilung gemacht, daß die Soldaten verhaftet worden wären. Es sollte dann am Abend eine Demonstration stattfinden. Ehe das Ganze in Szene gesetzt werden konnte, haben wir eine Vertrauensmänner-Versammlung gehabt. Wir haben dazu Stellung genommen und beschlossen, am Montag³³ nachmittag um 3 Uhr nochmals zusammenzukommen.

In dieser Montags-Sitzung wurde beschlossen, daß am Dienstag früh sämtliche Betriebe zu schließen seien, und damit niemand mehr hineinkomme, sollten die Betriebe militärisch besetzt werden.

Wir wollten so verhindern, daß etliche ängstliche Elemente doch noch zur Arbeit gehen. Kein Beamter und kein Lehrling kam hinein, und somit herrschte an dem Tage in den Betrieben Kiels vollständige Ruhe.

Es wurde sofort am Dienstag früh eine Kommission gebildet, die zum Gouverneur³⁴ geschickt wurde und auch einige Soldaten standen den Genossen zur Seite. Bei dem Gouverneur wurde die Freilassung der inhaftierten Matrosen gefordert. Sollten die Genossen nicht entlassen werden, würden von sämtlichen Kriegsschiffen Kiels die Geschütze gegen die Stadt gerichtet sein. Sie werden, wenn Sie **Kiel** kennen, wissen, was das bedeutet. Auch der Gouverneur wußte das und hat sofort nachgegeben, und die betreffenden Genossen kamen frei.

31 Gemeint ist der 53er Ausschuß der Marine, der am 19. November 1918 auf einem Delegiertentag gewählt worden war und seinen Sitz in Wilhelmshaven hatte. Er setzte sich aus 24 Vertretern der Nordseestationen, 20 der Ostseestationen, 5 der Niederelbe und 4 Vertretern Berlins zusammen. Aus seiner Mitte war der fünfköpfige ZR der Marine bestimmt worden. Vgl. Kurt Wrobel, Die Volksmarinedivision, S. 44; Robert Rosentreter, S. 157 f.

32 Zu den Kieler Ereignissen vgl. Dirk Dähnhardt, S. 64.

33 4. November 1918.

34 Der Gouverneur des Festungs- und Hafenbereiches **Kiel** war seit dem 30. Oktober 1918 Admiral Wilhelm Souchon (1864-1946). - Zu den Verhandlungen der Räte mit dem Gouverneur vgl. Militär- und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, 2 Zeile. Bearb. von Wilhelm Deist, Düsseldorf 1970, II, S. 1363-1371.

In dieser Zeit hatten wir 8 Tote und 29 Verwundete. Die Toten hatten wir, als die Genossen ohne Waffen nach der Feldstr. zogen, um ihre inhaftierten Brüder zu befreien. Es waren die Genossen inhaftiert worden, die sich geweigert hatten, gegen ihre eigenen Brüder vorzugehen. Die Kameraden traten schließlich zu uns über.

Inzwischen waren Noske³⁵ und Haußmann³⁶ angelangt. Der Gouverneur sah sich schließlich veranlaßt, keine weitere Hilfe von auswärtigen Soldaten in Anspruch zu nehmen. Lübecker Offiziere, die herangezogen worden waren, wurden wieder zurückgeschickt. Die Waffen wurden ihnen aber vorher abgenommen, auch die Kieler Soldaten wurden der Waffen entblößt. Sämtliche Waffen wurden im Gewerkschaftshaus zunächst untergebracht und das Gewerkschaftshaus selbst von Maschinengewehren und Soldaten bewacht. Der Gouverneur kam nach seiner Privatwohnung, und [es] wurden ihm auf seinen Wunsch Wachen zur Verfügung gestellt, damit ihm nichts passieren konnte.

Wir haben uns dann am Dienstag früh um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammengesetzt. Der Genosse Garbe³⁷, Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, wurde auch Vorsitzender des Arbeiterrates; dann wählten wir noch einen zweiten und dritten Vorsitzenden sowie einen Schriftführer. Das ist der Zentralarbeiterrat. Der Genosse Popp³⁸ wurde weiter als Vorsitzender des Obersten Soldatenrates gewählt. In der Versammlung der Vertrauensleute sind sie dann alle bestätigt worden. Bei beiden Parteien herrscht in Schleswig-Holstein vollständige Einigkeit; man kennt dort keine verschiedenen Richtungen mehr.

In der Sitzung haben wir auch eine Kommission aus sechs Mitgliedern gewählt, die die Genossen in ihren einzelnen Ämtern aufsuchen und ihnen mit Rat zur Seite stehen. Die Beamten, soweit wir sie nicht ersetzen konnten durch unsere Genossen, arbeiten unter unserer Kontrolle weiter. Das Polizeipräsidium haben

35 **Gustav Noske** (1868-1946); Korbmacher; SPD; Redakteur, 1906-1918 MdR, Sprecher für Heeres-, Marine- und Kolonialfragen, 5. November 1918 Vors. des SR, dann Gouverneur von **Kiel**; ab 29. Dezember 1918 Mitgl. des RdV, ab Februar 1919 Reichswehrminister.

36 **Conrad Haußmann** (1857-1922); Dr. jur., Rechtsanwalt und Notar; 1890-1918 MdR (Fortschrittliche Volkspartei); 1918 Staatssekretär ohne Geschäftsbereich, 1919-1920 MdNV (DDP), Vors. des Verfassungsausschusses, 1920-1922 MdR (DDP).

37 **Gustav Garbe**; Gewerkschaftsfunktionär in **Kiel**; SPD; Vors. des Kieler AR November 1918, Vors. der DMV-Ortsverwaltung und des Kieler Gewerkschaftskartells.

38 **Lothar Popp** (geb. 1887); USPD; 7. November 1918 Vors. des Obersten SR **Kiel**, 1922 SPD, 1933 Emigration USA.

wir mit zwei Genossen besetzt. Post und Justiz sind ebenfalls von uns besetzt. Auch den Oberbürgermeisterposten haben wir mit einem unserer Genossen besetzt. Wir haben immer schrittweise unsere Genossen in die einzelnen Ämter eingesetzt und denken es auch so zu schaffen.

Der wichtigste Punkt war bei uns das Ernährungswesen. Wir haben aber auch diese Frage zur vollsten Zufriedenheit der ganzen Bevölkerung bei uns gelöst. Auch die Zivilpersonen stellten sich dabei hindernd in den Weg. Durch unsere Macht haben wir sie aber gezwungen, uns nachzugeben. Wir waren durch die entgegengesetzte Tätigkeit von Zivilpersonen in die Enge getrieben, daß wir tagelang keine Lebensmittel bekamen und vor allen Dingen die Milch für die Kinder fehlte. Die Lebensmittel lagen in Plön und Eckernförde, und **Kiel** bekam nichts. Schließlich hatten wir unseren Fuhrpark so in Bewegung gebracht, daß wir uns Milch und anderes durch Autos herbeiholten, und so bekommen wir jetzt ausreichend Lebensmittel heran.

Wir wurden nun nach hier geschickt - der Genosse Adler mußte bereits abreisen -, um eine Verbindung mit Berlin anzubahnen. Ich habe Ihnen nun einige Erlebnisse von uns mitgeteilt, und ich hoffe, daß wir auch weiter zusammenarbeiten werden. Wir können nicht alle einzeln wirtschaften, sondern die einzelnen Landesverbände müssen zusammen sein. Wir müssen gemeinsam das durchführen, was notwendig ist. Sollte von hier aus etwas angeordnet werden, und wir würden Ihre Ansichten nicht teilen, so müßte es uns natürlich freistehen, das zu tun, was notwendig ist. Wir haben die Revolutionsbewegung von **Kiel** aus zuerst mit durchgeführt und werden auch in dem Sinne weiterarbeiten, ganz gleich, was kommen mag und kommen wird. Sollten Sie an uns noch irgendwelche Fragen zu stellen haben, werden wir sie beantworten.

Rich[ard] Müller, Vors.: Der Genosse aus **Kiel** hat uns Aufklärung gegeben über das, was seit dem ersten Tage der Revolution in **Kiel** vorgegangen ist. Wir sind ihm sehr dankbar für seine Ausführungen. Uns liegt es ganz fern - und diese Versicherung können unsere Genossen in aller Ruhe mit nach **Kiel** nehmen - irgendwelche diktatorische Gewalt auszuüben auf das ganze Land. Wir haben Richtlinien herausgegeben, die sie auch bekommen können.

Aus den Richtlinien geht auch hervor, daß wir den örtlichen A.- u. S.-Räten durchaus keine Vorschriften machen wollen.³⁹ Wir wünschen aber auch, daß wir in ständiger Fühlung bleiben, damit wir uns über alle Fragen untereinander verständigen können; alle Fragen bewegen uns doch gemeinsam.

39 Vgl. Dok. 80 und 84.

Ledebour begrüßt es auch als äußerst willkommen, daß die Kieler Genossen Botschafter zu uns gesandt haben. Es ist notwendig, daß **der** Kieler A.- u. S.-Rat einen Delegierten ständig hier hat. Wir sind uns auch klar darüber, daß **in** den nächsten Monaten noch immer mit den A.- u. S.-Räten regiert werden muß **und** nicht plötzlich eine Nationalversammlung stattfinden kann. Bei uns ist die Tatsache so, daß die Regierung, also das Sechserkabinett, darauf hinarbeitet, den Einfluß **der** gegenwärtigen A.- u. S.-Räte zu beseitigen **und** sie möglichst zur Seite zu drücken. **Der** Genosse [Hermann] Müller **und** ich haben Proben davon erlebt.⁴⁰ Ich hätte erwartet, daß wir zu **der** Sitzung hinzugezogen worden wären. Von dieser Voraussetzung, daß wir zugezogen werden, sind wir auch ausgegangen. Aber das Kabinett hat es auf unsere Anfrage abgelehnt. Erst gestern, als die Sitzung stattfand, haben wir uns telephonisch durch den Vorsitzenden an das Kabinett wenden lassen, daß wir zugezogen zu werden wünschen. **Der** Genosse Hermann Müller **und** ich sind delegiert worden. Auch über das Verhältnis **der** A.- u. S.-Räte ist wie von einem Wasserkopf gesprochen worden. Diese ganz falsche Auffassung ist auch bei **der** Gelegenheit zum Ausdruck gekommen. Da hatte ich mich auch schon zum Wort gemeldet. Ich habe dann darauf aufmerksam gemacht, daß wir zu den Fragen Stellung nehmen müßten **und** als **der** 24. Redner gesprochen hatte, da wurde durch Schlußantrag uns das Wort abgeschnitten. Wir kamen also nicht mehr zu Wort, trotzdem wir heftig dagegen protestierten. Ich erzähle die Geschichte zum Beweis dafür, daß wir überall darauf hinzuwirken haben, daß die A.- u. S.-Räte nicht auseinandergehen dürfen. Mitte Dezember findet eine Delegierten-Versammlung **der** A.- u. S.-Räte Deutschlands statt. Unsere Genossen werden auf dieser entschieden zu **der** Regierung Stellung nehmen müssen.

Gen. Däumig meint, daß wir einen Protest ausarbeiten **und** ihn dann als Protest **der** ganzen Republik hinausenden wollen. Ich werde einen solchen Protest ausarbeiten **und** dann erledigen.⁴¹

Däumig: Ich möchte mir noch die Frage gestatten, ob den Kieler Genossen schon die Einladung zum Reichsrätekongreß zugegangen ist. Die Vornahme **der** Wahlen werden wir **in** den nächsten Tagen beschließen **und** ihnen dann ebenfalls übermitteln. Für die Provinz Schleswig-Holstein kommen 9 Delegierte **in** Frage.

40 Bezieht sich auf die Teilnahme des VR an **der** Reichskonferenz mit den Bundesstaaten am 25. November 1918, vgl. die Wortmeldung Georg Ledebours **in:** Regierung **der** Volksbeauftragten, I, S. 176.

41 Vgl. Dok. 98.

Der Kieler Genosse weist noch auf die Tatsache hin, daß sie immer Referenten ins Land senden.

Däumig wünscht noch eine weitere Auskunft von den Kieler Genossen. Es ist uns eine Resolution der Kieler Genossen⁴² zugegangen, und [sie] hat auch in den Zeitungen gestanden. Durch die bürgerliche Presse ging dann noch die Nachricht, daß sich 800 Soldaten auf einen anderen Standpunkt gestellt haben, also dieser Resolution nicht zustimmten. Ich finde darin einen Widerspruch mit dem, was uns die Kieler Genossen gesagt haben.

Edler, Kiel gibt zu, daß es sich so zugetragen hat. Der Protest ist unterzeichnet von Popp. Die Resolution wurde in der Kommission angenommen, und auch die Arbeiter hatten zugestimmt, während die Soldatenratssitzung erst einige Tage später stattfand. Wir hatten die Zustimmung vorausgesetzt und hatten vergessen, sie den Genossen vorzulegen, und nur dagegen haben sich die Genossen - und mit Recht - verwahrt. Weiter haben wir auch dafür gesorgt, daß unsere Arbeitsnachweise jetzt paritätisch besetzt sind, und damit die Genossen sich nicht immer auf den Straßen umhertreiben müssen, haben wir zu diesem Zwecke das Schloß genommen. Bei der Übergangszeit wird es eine sehr große Arbeitslosigkeit geben.

Richard Müller, Vors. ist ebenfalls der Ansicht, daß wir in ständiger Fühlung mit den auswärtigen Genossen bleiben müssen.

Denecke bemerkt noch, daß er von seiner vor kurzem stattgefundenen Reise nach Kiel auch einen Bericht für den Vollzugsrat gegeben hat.⁴³

Rich[ard] Müller, Vors. stellt fest, daß wir wohl jetzt durch die Kieler Genossen genügend informiert sind und weist weiter darauf hin, daß wir ja auch beschlossen haben, den Berliner Vollzugsrat durch Genossen aus den einzelnen Bundesstaaten, die von den A.- u. S.-Räten delegiert werden, zu erweitern. Er bittet die Kieler Genossen, daß ständig ein Genosse von ihnen nach hier delegiert wird, damit wir hier mit ihnen arbeiten können. Der delegierte Genosse hat natürlich nur beratende

42 Es handelt sich um einen Aufruf des Obersten SR und des AR in Kiel vom 21. November 1918 zur Fortsetzung der Revolution mit dem Ziel einer sozialistischen Republik, die sich auf politische und wirtschaftliche Demokratie gründet und nicht das Schicksal der Revolution von 1848 erleiden dürfte. Hauptforderungen des Aufrufs waren der Verbleib der Macht bei den A.u.S.-Räten und die Nationalisierung der Banken, der Großbetriebe, der Industrie sowie des Großgrundbesitzes. Vgl. Dokumente und Materialien, II/2, S. 445-446.

43 In den Akten nicht auffindbar.

Stimme. Das werden Sie ja, wenn Sie nach Kiel kommen, sofort **in** die Hand nehmen.

*Jetzt steht auf **der** Tagesordnung die Angelegenheit Walz, zu **der der** Vorsitzende dem Rechtsanwalt Dr. Weinberg das Wort erteilt, den die Kommission als juristischen Beirat hinzugezogen hat.*

Dr. W[einberg] verliest die notwendigen Schriftstücke aus den Akten im Namen **der** Kommission.⁴⁴ **In** den Akten wird vielfach ein Feldweibel Hummel⁴⁵ erwähnt, **der** auch Walz bei **der** Behörde denunziert hat. Auf Grund **der** Aussage von Hummel erfolgte die Verhaftung von Walz am 3. November. Am 5. November ist Walz das erste Mal vernommen worden. Es muß da eine ziemlich große Vernehmung gewesen sein. Seine Vernehmung beginnt mit den Worten: "Ich bekenne, mich strafbar gemacht zu haben." Es folgen dann die einzelnen Angaben, die aus den Akten zu ersehen sind. Walz war bei **der** Verlesung zugegen.

Wegmann: Das ist das Aktenmaterial, was ich durchsucht habe. Es sind **und** müssen noch andere Akten vorhanden sein. Doch die haben wir noch nicht bekommen können.

Däumig bemerkt, daß **der** von Walz **in** seiner Vernehmung vorgezeichnete Plan kein brauchbarer war, denn für unsere Sache hatten wir einen ganz anderen.⁴⁶

Portner: **In** den Privatsachen, die ich bei W[alz] gefunden habe **und** auch **in** seinem Zimmer beschlagnahmte, daraus ist gar nichts zu ersehen: Er hat mit seinen Angehörigen über die Vorgänge **der Revolution** korrespondiert, woraus zu ersehen ist, daß er mit ihnen **in** Zwistigkeiten geraten war. Wir haben ja noch M 24.000 beschlagnahmt, da muß Walz noch Aufklärung geben, wo die herkommen.

Walz: Bevor ich auf die Sache selbst eingehe, muß ich die Worte des Untersuchungsrichters mitteilen, die er mir sagte: "Sie können reden was Sie wollen, wir wissen schon alles **und** ihre Freunde sitzen auch schon." Persönlich, so sagte mir **der** Richter, bin ich unter allen Umständen **der** Meinung, daß Sie Revolutionär sind. Die ganze Sache ist doch auch so von dem Standpunkt zu betrachten, daß ich

44 Vgl. Dok. 93.

45 Feldweibel Hummel, über den biographische Daten nicht ermittelt werden konnten, gehörte **der** gleichen Pioniereinheit an wie Eduard Walz.

46 Gemeint ist wohl **der** Aufstandsplan **der** Rev. Obleute/VA des A.u.S.-Rates Berlin. Vgl. Einleitung, S. XXII-XXIII.